

II-3595 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1794 IJ
 1991 -10- 23

Anfrage

des Abgeordneten Voggenhuber, Freunde und FreundInnen

an den Bundeskanzler

betreffend die Schändung jüdischer Ehrengräber am Wiener Zentralfriedhof

Anfang Oktober wurden im jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofes mehrere Ehrengräber verwüstet, Grabsteine sowie Särge zerschlagen und Gebeine in den Grabanlagen verstreut. Diese Grabschändungen sind vor allem für die jüdische Bevölkerung Österreichs eine schwere Kränkung und Beunruhigung. Zumal es wiederholt zu ähnlichen Grabschändungen auf dem jüdischen Friedhof gekommen ist, beträgt allein der Sachschaden Millionen. Dennoch wurde wegen Mangels an Personal die notwendige Überwachung des Friedhofes durch die Polizei eingestellt.

Dies und der Mangel an Engagement der Polizei, die solche Vandalenakte einfach als *b'soffene G'schicht* entschuldigt, obwohl sie ein rassistischer Rausch sind, bestärkt die Täter, ihren Mangel an Anstand auszuleben. Um künftig ähnliche Exzesse zu unterbinden, ist es notwendig, daß der Friedhof bewacht, alle beteiligten Täter ausgeforscht und zur Verantwortung gezogen werden.

Abermals bedingen antisemitische Ausschreitungen einen beträchtlichen Schaden für das Ansehen Österreichs. Obgleich der Bundeskanzler neulich von der moralischen Mitverantwortung für die Taten unserer Bürger gesprochen hat, unterläßt er es in dieser Angelegenheit, die Konsequenzen zu ziehen und eine Geste des Anstandes und Bedauerns zu setzen.

Nicht nur im Hinblick, daß die von diesen Vorkommnissen unmittelbar betroffene jüdische Bevölkerung Österreichs unser Mitgefühl verdient, erfüllt uns die fehlende Anteilnahme der den Staat repräsentierenden Spitzenpolitiker mit Besorgnis. Es ist eine unerträgliche Vorstellung, daß am Ballhausplatz der Polit-Alltag seelenruhig weitergeht, obgleich in Simmering laufend die Friedhofstufe gestört wird.

Im Hinblick, daß bislang weder der Bundespräsident, noch die Bundesregierung die jüngsten antisemitischen Ausschreitungen verurteilt haben, sehen wir uns veranlaßt, unseren Abscheu vor diesen Anschlägen zum Ausdruck und die Ansicht der Regierung in Erfahrung zu bringen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Wie viele Grabschändungen hat es in den letzten zehn Jahren in Österreich gegeben?
2. Wie verteilen sich diese Grabschändungen auf die einzelnen Bundesländer?
3. Wie viele Grabschändungen betrafen davon jüdische Gräber?
4. Wie hoch war die Aufklärungsquote?
5. Welche Ergebnisse brachten die Ermittlungen hinsichtlich der Tatmotive?
6. Wie viele Verfahren hat es in diesem Zusammenhang gegeben?
7. Wie viele Verurteilungen hat es in diesem Zusammenhang gegeben?
8. Durch welche Maßnahmen wurde versucht, derartige Vorfälle zu verhindern?
9. Ist Ihnen bewußt, daß eine weitere Bagatellisierung dieser Anschläge oder die Unterlassung von angemessenen Sicherheitsvorkehrungen durch die Bundesregierung zum verheerenden Signal für den Antisemitismus würde?
10. Entspricht es der Wahrheit, daß die Bewachung des jüdischen Teiles des Zentralfriedhofes am Tag der Wiener Landtagswahl ausläuft?
11. Finden Sie es angemessen, daß ausländische Botschaften und Konsulate in ganz Österreich rund um die Uhr bewacht werden, während trotz schwerster und wiederholter Anschläge jüdische Friedhöfe unzureichend oder gar nicht geschützt werden?
12. Ist Ihnen bekannt, daß Wiener Steinmetzbetriebe Grabsteine vom jüdischen Teil des Zentralfriedhofes entwendet und abgeschliffen haben, um sie als neue zu verkaufen?
13. Wie viele Verfahren und Verurteilungen hat es in diesem Zusammenhang gegeben?
14. Ist Ihnen bekannt, daß das Gelände des jüdischen Teiles des Wiener Zentralfriedhofes von Autobesitzern dazu mißbraucht wird, Ölwechsel durchzuführen?
15. Welche Maßnahmen sind geplant, um ähnliche Vorfälle künftig zu verhindern?
16. Wer übernimmt die Kosten für den durch die Grabschändungen entstandenen Sachschaden in Millionenhöhe?

17. Beabsichtigt die Republik Österreich eine Geste der öffentlichen Anteilnahme zu setzen, indem sie beispielsweise ganz oder teilweise für den Sachschaden aufkommt?
18. Wie war es möglich, daß die Bundesregierung trotz der besonderen Verantwortung Österreichs gegenüber den Juden der Verwahrlosung der jüdischen Friedhöfe, insbesondere des jüdischen Teiles des Wiener Zentralfriedhofes über Jahrzehnte tatenlos zusieht?
19. Welche Mittel setzt die Bundesregierung zur Pflege, Verwaltung und Sanierung jüdischer Friedhöfe ein?
20. Welche Schritte wird die österreichische Regierung unternehmen, um ähnliche Exzesse künftig vermeiden zu helfen?
21. Warum hat die Bundesregierung bislang ~~nicht~~ offiziell auf diese antisemitischen Ausschreitungen reagiert?